

1177 -Ztg.
Nr. 283
16. 2. 33

Die evangelischen Kirchenwahlen in Deutschland

Ein Versuch des Staates zur Neugründung der Reichskirche

Berlin, 16. Febr. (Tel. unseres O-Korr.) Der Erlaß Hitlers, der Wahlen zu einer General-synode der Deutschen Evangelischen Kirche auszuschreiben läßt, stellt eine ausgesprochene Verlegenheitslösung dar. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß das Regime sich vom Kampffeld zurückzieht und der Kirche selbst die Ordnung ihrer Angelegenheiten überläßt. Aber was für einer Kirche? Die „Deutsche Evangelische Kirche“, die im Erlaß des Reichskanzlers vorkommt, hat zu existieren aufgehört; sie besitzt keine Verfassung, keine Regierung, keine beratenden Organe mehr und erst recht keine Tradition. Einzig der Staat ist es, der die Initiative zur Neugründung einer Reichskirche ergreift, der Staat, der die zentrifugalen Kräfte zurückhält und noch einmal das Schisma verhindert. Die Kirchenpolitik Hitlers bewegt sich im Kreise; sie landet wieder dort, wo sie im Sommer 1933 stand, als gleichfalls das evangelische Kirchenvolk an die Wahlurnen gerufen wurde.

Die Nationalsynode von 1933

Jeder, der die damaligen Vorgänge aus der Nähe beobachtete, erinnert sich, daß die 1933er Wahlen, die unter normalen Umständen stattfinden, eine zersetzende Wirkung hatten und die Feindschaft zwischen den kirchlichen Parteien erst recht aufflammen ließen. Ein stürmischer Offenheitsgeist befeuerte die Deutschen Christen, die mit Fahnen und Trommeln auf den Straßen herumzogen und eine Versammlungslawine entfesselten, während die bibeltreuen Protestanten, aus denen später die Bekenntniskirche hervorging, sich über die Behinderung ihrer Werbetätigkeit beklagten. In Preußen ergaben die Wahlen eine Zweidrittelmehrheit für die Deutschen Christen. Die Folgen zeigten sich in der preussischen General-synode, wo die Delegierten der bekennniskirchlichen Gruppe schon bei ihrem Einzug mit drohenden Zurufen empfangen wurden und bald nachher, von der Mehrheit terrorisiert, endgültig ausgeschieden. Daraufhin beschlagnahmten die Deutschen Christen sämtliche preussischen Sitze in der von den Landeskirchen zu beschickenden National-synode der Reichskirche für sich. Drei Wochen später trat die National-synode zum ersten- und zugleich letztenmal in Wittenberg zusammen, wo sie Ludwig Müller mit Akklamation als Reichsbischof bestätigte und einen von 2000 Warrern unterschriebenen Protest unter den Tisch fallen ließ.

Die Haltung von Staat und Partei

Man kann ruhig voraussetzen, daß sich die obersten Reichsbehörden bei den kommenden Kirchenwahlen, im Gegensatz zu 1933, neutral verhalten werden. Ob eine Wahl nach demokratischen Grundsätzen mit Versammlungs- und Diskussionsfreiheit im heutigen Deutschland überhaupt noch möglich ist, das ist eine andere Frage. Ungewis ist vor allem die Einstellung der Nationalsozialistischen Partei, bei der es eine Strömung gibt, die überhaupt keinen Lärm um kirchliche Fragen mehr hören will und geneigt sein wird, Wahldebatten schon im Keime zu ersticken. Daß die S. S., die ja zugleich die oberste Stufe der Polizeigewalt darstellt, die Kirchenfrage nur als Pfaffenfrage betrachtet, von der

möglichst gar nichts an die Öffentlichkeit gelangen soll, sei hier nur angedeutet. Auf der andern Seite gibt es eine ganze Reihe von Gauleitern und Kreisstatthaltern, die sich mit den Deutschen Christen, die sich ja alle zum Nationalsozialismus bekennen, schon so weit eingelassen haben, daß diese auch weiterhin auf Unterstützung rechnen können. Die Atmosphäre, in der sich die Wahlen abspielen, wird so von einer Provinz zur andern die merkwürdigsten Unterschiede aufweisen.

Die zerrüttete Kirchenorganisation

Ein Fragezeichen ist noch die Haltung der Bekenntniskirche, von der man gar nicht voraussagen kann, ob sie sich an den vom Staat veranstalteten Kirchenwahlen beteiligen wird, sodann die große Masse der indifferenten Protestanten, die formell nicht aus der Kirche ausgetreten sind, sich aber schon längst nicht mehr am kirchlichen Leben beteiligen. Sie werden am Wahltag vermutlich auf den Fußballplätzen oder an den Veranstaltungen der „Kraft durch Freude“ zu finden sein, aber nicht an den kirchlichen Wahlurnen. Die Schwäche einer Kirche, die in den statistischen Verzeichnissen vierzig Millionen Menschen umfaßt und doch das Volk nicht bewegt, würde drastisch zum Ausdruck kommen, wenn die Synode nur auf dem Kräftefeld einiger Splitttergruppen verhielt. Aber vielleicht hat die Veranstaltung der Wahlen gerade den Sinn, die Dekadenz der Kirche aller Welt vor Augen zu führen.

Da Neuwahlen nur für die Reichskirche angekündigt sind, bleibt es rätselhaft, was aus der Altpreußischen Union und einigen anderen Landeskirchen wird, die keine geordnete Regierung mehr aufweisen. In den übrigen Teilen des Reiches wird das landeskirchliche Regiment weiterhin alle Schattierungen von den orthodoxen Lutheranern bis zu den extremen Deutschen Christen zeigen. Wie die künftige zentrale Kirchenregierung auch ausfallen mag, immer wird es revoltierende Landeskirchen geben. Wer erzwingt dann den Gehorsam? Wenn der Staat sich dieser unerquicklichen Aufgabe nicht unterzieht, so kann sich die jetzt angekündigte Wahlaktion bald als ein Schlag ins Wasser herausstellen.

*

Berlin, 16. Febr. ag Der Erlaß des Reichskanzlers über die Einberufung einer verfassunggebenden General-synode der deutschen evangelischen Kirche wird von den Blättern in großer Aufmachung veröffentlicht und allgemein als ein großes Befriedigungswerk gewürdigt. Der „Völkische Beobachter“ schreibt:

„Der neue Erlaß gibt der evangelischen Kirche die Gelegenheit, vor aller Welt zu beweisen, inwieweit sie die Herzen des deutschen Volkes anzusprechen versteht. Der Staat tritt erneut den durch nichts wegzutragenden Beweis an, daß sein Reich von dieser Welt ist und daß er sich durch nichts davon abbringen läßt, die Glaubensfreiheit jedes einzelnen unangetastet zu lassen. Die Stunde der evangelischen Kirche ist da. Es liegt bei ihr, wie sie die große Gelegenheit zu nutzen versteht. Der Erlaß des Reichskanzlers birgt alle Voraussetzungen, die es der evan-

gelischen Kirche ermöglichen, nunmehr endgültig und allumfassend in ihren Reihen Frieden zu stiften.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, es handle sich um einen neuen Beitrag zum Weltfrieden und zwar auf einem Gebiet, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne, sowohl für den innern Frieden des

KBA 1700

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ meint, der Reichstanzler habe unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß das Reich nach wie vor nicht daran denke, an der bestehenden Bekenntnisfreiheit zu rütteln. Möge die Welt in dieser Zurückhaltung nicht nur ein Zeichen für die Großzügigkeit der nationalsozialistischen Staatsführung, sondern auch einen Beweis ihrer Stärke erblicken.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: „Es ist ein Zeichen für die ungeheure Stetigkeit und Sicherheit der Führung, wenn sie den heiß umstrittenen Bereich der kirchlichen Ordnung dem Kirchenvolk selbst überläßt. Dies ist in der Tat ein Fundament zu einem großen Friedenswerk.“